

Unsere Grundwerte in den aktuellen Krisen
Tagung der SP Aargau
8. Mai 2021

Die vier grossen Krisen – Herausforderung für die SP

Prof. Christian Arnsperger
Universität Lausanne

Die gegenwärtige Situation ist alarmierend. Seit langem «erkauft» sich die Schweiz ihre im Weltdurchschnitt hervorragende sozial-ökonomische Lage durch ein weit überdurchschnittliches Überschreiten einer grossen Anzahl an wichtigen – ja, buchstäblich lebenswichtigen – planetarischen Grenzwerten. Das zeigt die Grafik des sogenannten «Doughnut»-Modells der britischen Ökonomin Kate Raworth. Die Schweiz befindet sich weit oberhalb der ökologischen Decke, während Sri Lanka, eines der ärmsten Länder der Welt, sich weit unterhalb des sozial-ökonomischen Bodens zufrieden sein muss. Die reichen Teile des Planeten sind weit überwiegend für den Klimawandel, das Artensterben und die Vergiftung der Gewässer durch chemische landwirtschaftliche Schadstoffe verantwortlich. Der ökologische Fussabdruck der Schweiz beträgt zurzeit etwa drei Planeten: unsere Lebensweise ist äusserst komfortabel, aber absolut nicht nachhaltig.

Im internationalen Vergleich wird noch klarer, wie zwiespältig die Menschheit lebt. Je mehr sozial-ökologische Parameter positiv bewertet werden (von unten nach oben), umso mehr ökologische Grenzwerte werden auch überschritten (von links nach rechts). Global gesehen sind die Schweiz und Sri Lanka die beiden Seiten einer einzigen, bedauerlichen Medaille – die des eklatanten Scheiterns des globalen Kapitalismus bei der Aufgabe, allen Menschen eine sogleich sozial-ökonomisch und ökologisch nachhaltige Existenz zu sichern.

Kein einziges Land befindet sich da, wo sich eigentlich alle Länder befinden sollten: oben links, da wo sämtliche Grenzwerte eingehalten werden, da wo jeder Mensch, weil er eben auf dieser Erde geboren wurde, ein gutes, schönes Leben haben kann innerhalb der natürlichen Grenzen unsere Biosphäre. Unser Wirtschaftssystem scheitert grenzenlos – und wir, die wir im Überfluss leben, sind der Grund dafür.

Der Neoliberalismus, den auch ein Grossteil unserer «linken» Parteien inzwischen im Blut haben, macht die Dinge noch krasser – selbst innerhalb unserer mit Überfluss überfütterten Bevölkerung. Bis in die 1970er Jahre hat

sich die Ungleichheit in den reichsten Ländern verringert – ab den 80ern allerdings steigt sie wieder, dank Deregulierung und Finanzialisierung. In der Schweiz geht es bei weitem nicht am schlechtesten. Aber strukturell ist dieses Land nicht anders, als alle anderen: Umverteilung passiert nach wie vor, aber Kapitalakkumulation bricht die Gesellschaft in zwei, und hauptsächlich wegen Immobilien-Inflation und Finanzkapitalismus verschlechtert sich das Verhältnis zwischen Reichtum und Einkommen stetig.

Zu guter Letzt läuft es darauf hinaus, dass diejenigen Mechanismen, die unser unglaublich verschwenderisches Wirtschaftssystem benötigt, um die Reicheren ständig zu bereichern und an die Ärmeren nach wie vor ein klein bisschen was abzuwerfen, sowohl Wachstum als auch steigende Extraktions- und Verbrauchsraten erzeugt. Effizienz ist ein Witz, weil Wirtschaftswachstum auf ständig angefeuerten und ausgerittenen Rebound-Effekten beruht: je Ressourcen- und Energie-effizienter wir werden (und das ist seit mehr als einem Jahrhundert der Fall), um so mehr konsumieren wir. Unser Ressourcenverbrauch reduziert sich nicht: er steigt unaufhörlich, und unsere Ingenieure rennen ständig hinterher, mit immer neuen Effizienzgewinnen, die der Kapitalismus immer wieder in höheren – und nicht geringeren! – Verbrauch verwandelt und in höheren – nicht geringeren! – CO₂-Ausstoss. Auch die Corona-Krise wird daran leider nichts ändern.

Wir wissen aus klarer Erfahrung, dass das Einzige, das den globalen CO₂-Ausstoss verringern kann, eine regelrechte Wirtschaftskrise ist. Das war 2008 der Fall, und auch wieder 2020. Das Abebben des Wachstums ist das Einzige, was uns ökologisch aus unserer verheerenden Lage bringt. Aber leider sind die Prognosen für den Corona-Krisen-Rebound ebenfalls klar: es wird wieder so weitergehen wie bisher.

So kann es aber nicht weitergehen – und die Linke muss ihr Welt- und Wertebild umgehend verändern.

Aus all den soeben vorggeführten, faktischen Gründen werden meine Ausführungen heute Morgen weder akademisch noch höflich sein. Ich wünsche mir, dass sie kämpferisch sind – «aktivistisch» im besten Sinne des Wortes: ein persönlicher Aufruf zu kollektivem Handeln, basierend auf ethischen Grundlagen, über die ich seit mehr als zwei Jahrzehnten nachdenke. Ich werde bestimmte Ideen und Konzepte verwenden, aber nur mit dem Ziel, zum Nachdenken anzuregen, und manchmal, um für etwas Störung zu sorgen, vielleicht sogar für etwas gesunden Ärger.

Angesichts der Ignoranz und Heuchelei der bürgerlichen und populistischen Parteien muss die Schweizer Linke weniger höflich werden, weniger konsensorientiert, weniger «konkret» und «pragmatisch». Sie muss auch einen

offenen Blick werfen auf ihre eigenen historischen Kompromisse mit dem Kapitalismus und dem Neoliberalismus. Ich werde heute Morgen die aktuelle Wahllandschaft und die damit verbundenen strategischen Imperative vernachlässigen. Ich werde frei – aber, wie ich hoffe, kohärent – über Utopie und Werte sprechen.

Ich bin ein linker Ökonom und Ökologe. Ich bin in der Degrowth-Bewegung verwurzelt. Für mich liegt die Zukunft des Progressivismus im Öko-Sozialismus, im «grünen Marxismus» und im Postwachstum. Die Zukunft liegt in einer Ethik der Bedingungslosigkeit, in der Umsetzung eines bedingungslosen Grundeinkommens, und damit in der freien Geldschöpfung durch einen wirklich demokratischen Staat, frei vom Zynismus der Lobbys und des privaten Geldes in der Politik.

Mit den drei Volksinitiativen zum Grundeinkommen (im Juni 2016), zur grünen Wirtschaft (im September 2016) und zum «Vollgeld» (im Juni 2018) hatte die Schweiz hervorragende Karten in der Hand, um eine radikal bessere Zukunft zu gestalten. Sie hat diese Chance schändlich verspielt – und findet sich nun, unter dem irreführenden Deckmantel finanzieller Solidität und fiskalischer Tugend, vielleicht anfälliger denn je.

Die Schweiz ist (das muss man sagen) ein «neureiches» Land, aufgebaut auf einem neoliberalen Kompromiss, der es ihr ermöglicht hat, sehr schnell reich zu werden. Ein Land, das aber noch nicht verstanden hat, dass der Kapitalismus kein grosszügiger, wohlwollender Mäzen ist: Wie der Minotaur fordert er Jahr für Jahr seinen Tribut in Form einer ständigen Angst vor Verlust und Mangel; Angst vor menschlichen Existenzen, die durch «Leistung», «Pragmatismus» und Produktivismus immer mehr von Sinn, Seele und Sicherheit entleert werden; Angst vor einer angeblich sauberen, aber in Wirklichkeit bis in die Zellen unserer Körper verschmutzten Natur, in die die chemische Industrie weiterhin ungehemmt ihre endokrinen Hemmstoffe pumpt; und Angst vor einer Abhängigkeit von Exporten und ausländischem Kapital, welche die monetäre Autonomie der Schweiz weitgehend zur Fiktion macht.

Der Kapitalismus nimmt uns weit mehr weg, als er uns gibt. Die bürgerlichen und populistischen Parteien und die sogenannte «Wirtschaft» fungieren als Sprachrohr dieser Sklavenmentalität, indem sie die Bevölkerung ständig verängstigen, sodass sie fortschrittliche wirtschaftliche Veränderungen systematisch ablehnt – und 2012 sogar gegen eine zusätzliche Woche bezahlten Urlaub stimmte, wohl nach dem Prinzip, man schuftet brav weiter und beisst nicht die kapitalistische Hand, die einen füttert ...

Systemische Krisen wie diejenigen, die wir zurzeit durchmachen, können eine Ablenkung sein. Ständig auf den permanenten Notstand zu reagieren, ständig

pragmatisch sein zu wollen (weil man dazu gezwungen ist), kann dazu führen, dass man den Horizont radikaler Reformen dauerhaft aus den Augen verliert. Die nordamerikanische Analystin Naomi Klein hat mit ihrem Konzept des «Schock-Kapitalismus» perfekt verstanden, dass der Neoliberalismus die Krisen produziert und verstärkt, die ihm nützen. Indem wir ständig von einem Ende zum anderen rennen, um die Lücken und klaffenden Löcher zu stopfen, die durch die aktuellen Krisen entstanden sind – die Gesundheitskrise in der unmittelbaren Zukunft, die quasi permanente Wirtschafts- und Finanzkrise, und jedes Jahr mehr die ökologische Krise – vergessen wir, dass die Wurzel all dieser Krisen etwas ist, das wir nicht so gerne sehen wollen: eine anthropologische und existenzielle Krise, die vom Kapitalismus selbst erzeugt wird und die, wenn sie nicht ernsthaft betrachtet wird, diesen Kapitalismus verstärkt – aufgrund der Angst und der Ignoranz (einschließlich der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus), die er erzeugt. Dieser gesamte Krisen-Komplex ist nicht uneinlösbar, aber wir müssen den Mut haben, an die Wurzel zu gehen – was die eigentliche Bedeutung des Wortes «Radikalität» ist. Hat die Sozialistische Partei der Schweiz aktuell den Mut, zum Radikalismus zurückzukehren und sich in ihm zu verwurzeln? Ich bin mir leider nicht ganz sicher, aber wir werden sehen.

Der wachstumsorientierte Wirtschaftsmensch – der homo oeconomicus crescens – ist das Produkt eines Wirtschaftssystems, das den kleinen Leuten seit zwei Jahrhunderten verspricht, dass sie sehr bald von den Gewinnen profitieren werden, die eine Minderheit anhäuft. Die Linke sollte sich daran erinnern, dass dies eine Lüge ist. Das neoliberale Trickle-Down-Märchen ist eine unsägliche Täuschung, mit der es *economiesuisse* und *avenirsuisse* (der sogenannten «Wirtschaft») immer wieder gelingt, die Bevölkerung bei jeder Abstimmung zu entfremden und zu verängstigen – mit der Komplizenschaft eines gut disziplinierten Regiments von Politikerinnen und Politikern, sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite.

Die spannendste Zukunft ist heute die einer homöostatischen, balancierten und egalitären Wirtschaft, mit einem öffentlich gewordenen Bankensystem und mit einer Geldschöpfung durch den Bund und durch die Kantone (oder durch den Bund auf Wunsch der Kantone). Geld muss in die Wirtschaft eingespeist werden durch öffentliche Kredite und öffentliche Ausgaben, die auf drei Dinge abzielen. Erstens, wesentliche öffentliche Güter (Bildung, Gesundheit, Wohnen usw.), die kostenlos und allgemein verfügbar sein müssen. Zweitens, die Gewährung eines bedingungslosen Grundeinkommens, das es jedem Menschen ermöglicht, seine Grundbedürfnisse zu befriedigen, ohne sich der täglichen Demütigung unterwerfen zu müssen, seinen Körper und seine Seele an einen sogenannten «Arbeitgeber» zu verkaufen. Und drittens, die Transformation des gesamten produktivistischen und konsumistischen Apparats in eine «Doughnut-

Wirtschaft» im Sinne von Kate Raworth, also eine Wirtschaft, die auf demokratische und partizipatorische Weise (inklusive durch demokratisierte Arbeitsplätze und postkapitalistische Kooperativen) alle Grundbedürfnisse befriedigt und dabei im Sinne der Ökologie dauerhaft innerhalb der planetarischen Grenzen verbleibt. Ich nenne das eine «permazirkuläre» Wirtschaft – eine Kreislauf-Wirtschaft ohne destruktives Wachstum.

Neben der Fiktion der Trickle-Down-Ökonomie ist die hartnäckigste Lüge der neoliberalen Rechten und der bürgerlichen Parteien die monetaristische Besessenheit von der Inflation. In der Schweiz, wie auch anderswo, haben der Bankensektor und die Finanzwelt jahrzehntelang (mit der Komplizenschaft der Politik) die skandalöseste Form der Inflation aufrechterhalten: die des Immobilienvermögens und, im weiteren Sinne, des Finanzvermögens, dessen Kapitalgewinne die grössten Ungleichheiten in der modernen Geschichte erzeugt haben. Ökologisch vorteilhafte Formen der Inflation, wie die Verteuerung fossiler Brennstoffe, werden systematisch durch Subventionen und Steuererleichterungen zugunsten von Auto- und Strassenverkehrsinteressen konterkariert – während dieselbe neoliberale Rechte auf «Anreize» schwört, wenn es darum geht, die Meritokratie in der Schule, die Unzulänglichkeiten der Sozialhilfe oder der frühkindlichen Förderung, oder die Aufrechterhaltung enger Wachstumsnormen bei Löhnen und sozialen Mindestleistungen zu rechtfertigen. Das Schreckgespenst der Inflation funktioniert immer wieder recht gut ...

Doch um es klar zu sagen: In einer homöostatischen ökologischen Wirtschaft, in der nicht-wesentliche Bedürfnisse nicht mehr berücksichtigt werden und in der die Logik der wesentlichen öffentlichen Güter und Dienstleistungen die Logik des Strebens nach privatem Profit ersetzt, erzeugt die öffentliche Geldschöpfung keine Inflation. In diesem Sinne ist es dringend erforderlich, dass sich die Sozialistische Partei über die jüngsten Entwicklungen in der monetären Wirtschaftsanalyse informiert, vor allem den post-Keynesianischen Ansatz und die «Modern Money Theory». Und vor allem ist es wichtig, dass die Linke sich nicht von der sehr kalkulierten Ignoranz und zynischen Ironie der bürgerlichen Parteien und der sogenannten «Wirtschaft» einschüchtern lässt.

Die Schweiz hat den grossen Vorteil, dass sie bei der Schöpfung ihrer Landeswährung souverän ist. Allerdings nutzt sie diesen Vorteil auf kümmerliche Weise, denn einerseits ist und bleibt sie viel zu abhängig vom internationalen Handel und Finanzwesen, was insbesondere der chemischen Industrie und dem Bankensektor eine unangemessene Zwangsmacht verleiht; und was andererseits den Entscheidungsträgern auf der Rechten wie auf der Linken erlaubt, sich ständig auf die (sehr reale) Gefahr des Verlusts der

Wettbewerbsfähigkeit zu berufen, um ihre Obsession mit der «Staatsverschuldung» und dem «Haushaltsdefizit» zu rechtfertigen. Die «Modern Money Theory» lehrt uns jedoch, dass für ein monetär souveränes Land wie die Schweiz diese Angst umso weniger berechtigt ist, je geringer die Exposition der Volkswirtschaft gegenüber dem Ausland ist. Die «Schuldenbremse» wird umso weniger nötig, wenn es endlich eine globale «Konsumbremse» gibt.

Dies ist umso relevanter, als im Rahmen einer Ethik der Bedingungslosigkeit und einer Ethik des Postwachstums die einzige Möglichkeit, gut zu leben, ohne die planetarischen Grenzen zu überschreiten, darin besteht, den nationalen Konsum massiv zu reduzieren. Der Konsumismus wurde von der sozialistischen Linken traditionell als Verbündeter gesehen; Wachstum wurde von der Arbeiterbewegung selbst immer als *conditio sine qua non* angesehen, um Konflikte um die Umverteilung des Mehrwerts zwischen Kapital und Arbeit zu glätten und zu lindern. Heute ist diese Logik des sozialdemokratischen Kompromisses obsolet und sogar gefährlich geworden. Die Sozialistische Partei sollte sich strukturell mit den Grünen (den echten Grünen, nicht den liberalen Grünen) verbünden und praktisch eine einzige Partei bilden – eine grosse ökosozialistische Bewegung, die endlich (ohne Kompromisse mit der bürgerlichen Rechten und ihren bewährten Strategien der Mystifizierung), eine Kultur und Werte propagiert, die es ermöglichen, in der Schweiz gut zu leben – in der Schweiz sehr gut zu leben – mit dreimal weniger Energie, dreimal weniger Konsum, dreimal weniger Mobilität als heute – aber gelassener, ausgeglichener und gerechter, und dauerhaft innerhalb der Grenzen unserer kostbaren Biosphäre.

Wenn die Führung der Sozialistischen Partei diese Ideen für utopisch und undurchführbar hält (obwohl sie den elementarsten sozialen und ökologischen Realismus verkörpern), steht es ihr frei, weiterhin Kompromisse und Halbheiten auszuhandeln. Aber sie muss dann ohne mit der Wimper zu zucken akzeptieren, dass sie damit dazu beiträgt, dass die Schweizer Lebensweise auf ihrer eigenen Ebene den Planeten weiter zerstört, Tag für Tag. Das ist eine Wahl. Doch wie Frans Timmermans, der sozial-demokratische Vizepräsident der Europäischen Kommission, unlängst verkündete: «Es ist nicht nur eine dringende Angelegenheit, es ist eine schwierige Angelegenheit. Wir müssen unsere Wirtschaft transformieren. Die Vorteile sind riesig, aber es ist auch eine grosse Herausforderung. Die grösste Bedrohung ist die soziale. Wenn wir das nicht in Ordnung bringen, werden unsere Kinder Kriege um Wasser und Nahrung führen. Daran gibt es keinen Zweifel.»

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.